

## Stellungnahme zum Stellenplan 2013

Zu der Stellenplanvorlage (Sitzungsdrucksache 204/2012) geben wir nachfolgende Stellungnahme ab:

Die Vorlage lässt keine Aussage über eine strategische Personalbemessung erkennen, sie fußt im Wesentlichen auf der Erkenntnis, dass die angespannte Finanzlage der Stadt Lüdenscheid als Allheilmittel eine Reduzierung der Personalkosten erfordert. Es wird mit einer Flut von vorgeschlagenen „kw-Vermerken“ die Vorstellung erweckt, als wäre der jetzige Personalkörper bei Weitem zu üppig ausgestattet. Das geht völlig an der Realität vorbei. Erforderlich wäre es, die kw-Vermerke auf ihre zu erwartenden Auswirkungen zu beleuchten und nach Abwägung des Für und Wider die Frage zu stellen, ob das politisch so gewollt ist. Nur so gibt man den politischen EntscheiderInnen auch eine Entscheidungsmöglichkeit und wird auch den jeweiligen StelleninhaberInnen gerecht.

Wir sind überzeugt davon, dass das beabsichtigte Stellenstreichkonzert von der Realität eingeholt wird und in weiten Teilen nicht durchführbar ist.

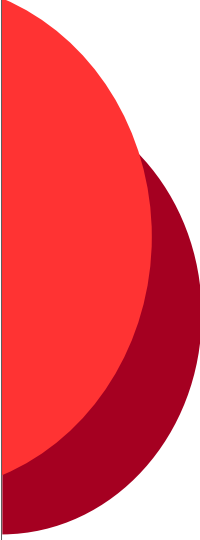
So wird die Referentenstelle des Bürgermeisters geopfert. Völlig unklar ist, wer die wahrgenommenen Aufgaben übernehmen soll. Im Fachdienst Rat und Bürgermeister ist bereits ein halbe Stelle durch Ausscheiden der Stelleninhaberin weggefallen. Die Streichung einer weiteren Stelle soll in den nächsten Jahren folgen. Die Agenda-Tätigkeit wurde neu geregelt. Die Einrichtung einer Stelle im Bundesfreiwilligendienst in diesem Bereich haben wir abgelehnt. Wir sind der Auffassung, dass selbst provozierte Personalengpässe auf diese Art nicht gelöst werden können. Auf die Durchführung dieser und anderer Aufgaben muss dann konsequenter Weise verzichtet werden.

Dem Personal, als große Ressource und dem Stellenplan als Steuerungsinstrument dazu, ist eine größere Aufmerksamkeit einzuräumen, als diese lediglich als Anlage zum Haushalt zu bewerten. Ein wesentlicher Beitrag zu einem modernen Personalmanagement ist auch die ausreichende personelle Ausstattung des zuständigen Fachdienstes Personal. Hier hat sich die Wiederbesetzungssperre der Leiterstelle äußerst negativ ausgewirkt. Der Personalrat hat sich mit seiner Forderung der direkten Wiederbesetzung dieser zentralen, strategisch wichtigen Stelle nicht durchsetzen können. Die Planstelle ist leider bis heute immer noch vakant.

Durch Einführung der neuen Fachbereichsstruktur müsste dringend eine Neubewertung zahlreicher Stellen erfolgen. Dafür ist der Fachdienst Personal zuständig. Diese Aufgabe aber ist aktuell nicht leistbar.

Die Neuorganisation der Verwaltung, neue Aufgaben, Stellenüberprüfungen und die Einführung neuer Software hat zu einer deutlichen Zunahme von Organisationsberatungen geführt, die von den StelleninhaberInnen des Fachdienstes Organisation und IT nicht ausreichend geleistet werden kann. Die geplante Streichung einer Stelle ist von daher kontraproduktiv.

Die vorhandenen Ingenieursstellen bei der ZGW sind allein auf die Bauunterhaltung ausgelegt. Seit langem aber werden zusätzlich Aufgaben der Bauplanung oben drauf gesattelt. Das geht nur mit permanenten Überstundenanordnungen. Trotzdem ist beabsichtigt, eine Stelle zu streichen.



Eine Reihe von SchulhausmeisterInnen soll zusätzlich mit der Betreuung von Kindergärten betraut werden. Zwei HausmeisterInnen-Stellen sollen so abgebaut werden. Ob sich das bewährt, ist fraglich. Der Personalrat wird sich bei einer entsprechenden Einigung über ein Konzept auf eine Erprobungsphase einlassen.

Durch die vielen Veranstaltungen im Bürgerforum sind die beiden Hausinspektoren völlig überlastet. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

Auf die Durchführung der Aufgaben der Stadtwacht soll in Perspektive ganz verzichtet werden. Mit viel Aufwand und auch viel Geld der Arbeitsagentur wurde dieser Dienst vor Jahren eingerichtet. Ein Beitrag zum Abbau von Arbeitslosigkeit. Die Sicherheit der BürgerInnen im öffentlichen Raum sollte gefördert werden. Dafür wurden sogar Politessenstellen umgewandelt, was zu Mindereinnahmen führte.

Weiter gebeutelt wird auch der Kulturbereich. Mit der Übertragung der Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten wird der kw-Vermerk an der Stelle der Museumspädagogin schon jetzt realisiert. Der Aufsichtsdienst wird im Laufe der Jahre ganz dezimiert. Im Kulturhaus erwarten wir eine ähnliche Entwicklung. Die Funktionsfähigkeit dieser Einrichtungen wird dadurch über kurz oder lang infrage gestellt.

Auch im Fachdienst Jugendamt-Verwaltung und Fachdienst Jugendamt-Unterhalt gibt es keine Hinweise darauf, dass auf Stellenanteile verzichtet werden kann.

Die gesellschaftliche Entwicklung fordert eher den Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit. Für die beabsichtigte Neueinrichtung eines Jugendtreffs an der Kalve muss eine neue Stelle geschaffen werden.

In der Elternbeitragsstelle ist seit langem „Land unter“. Die Streichung der Stellen (Gefährdung von Einnahmen) ist kontraproduktiv.

Durch die U3-Betreuung ist die Schaffung von weiteren ErzieherInnen-Stellen erforderlich. Hinweisen möchten wir auf die große Zahl von befristeten Stellen in diesem Bereich (in der Regel Vertretung für beurlaubte Mütter). Schon jetzt ist es schwierig, erfahrene Kräfte zu finden, die bereit sind, einen befristeten Vertrag einzugehen. Hier müssen dringend Lösungen gefunden werden.

Auch für den rigorosen Abbau von Stellen im Fachbereich Planen und Bauen gibt es keine Hinweise, dass in naher Zukunft Aufgaben im erheblichen Umfang wegfallen.

Hinweisen müssen wir auch darauf, dass allein der hohe Überstundenstand Anzeiger für die jetzt schon enge personelle Ausstattung in den Fachdiensten ist. Es ist leider zu beobachten, dass stressbedingte Krankheitsbilder, wie z.B. „burn out“ in der jüngeren Vergangenheit vermehrt auftreten. Dies ist auch der Arbeitsverdichtung geschuldet.

Der Personalrat ist bei organisatorischen Maßnahmen und der Veränderung von Stelleninhalten in der Mitbestimmung. In der Regel gehen wir davon aus, dass bei dem Wegfall von Stellen auch die Aufgaben entsprechend reduziert werden. Arbeitsverdichtungen, die zu unzumutbaren Mehrbelastungen führen, werden wir nicht zulassen.

Das gilt auch bei Versuchen, den Wegfall von Stellen durch Honorarkräfte, Ehrenamtliche oder Bundesfreiwilligendienstleistende zu ersetzen. Das ist mit uns nicht zu machen.

Josef Filipppek  
vorsitzende Person

Personalrat der Stadt Lüdenscheid  
Rathausplatz 2  
58507 Lüdenscheid

Telefon: 02351 171563  
Telefax: 02351 171725  
E-Mail: [brigitte.boettcher@luedenscheid.de](mailto:brigitte.boettcher@luedenscheid.de)